

Verband Alleinerziehender
Mütter und Väter, Landesverband
Rheinland-Pfalz e.V. (VAMV)
federführender Verband 2015/16



Familienbund der Katholiken
Landesarbeitsgemeinschaft
in Rheinland-Pfalz (FdK)



Evangelische Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen,
Landesarbeitskreis Pfalz e.V. (EAF)



Familienverbände in Rheinland-Pfalz fordern mehr Aufmerksamkeit für Flüchtlingsfamilien

- Stellungnahme der AGF zur Situation von Flüchtlingsfamilien in Rheinland Pfalz -

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen (AGF) Rheinland Pfalz zusammengeschlossenen Verbände haben sich in den letzten Monaten intensiv mit der Situation von Flüchtlingsfamilien auseinandergesetzt.

Mit der vorliegenden Stellungnahme macht die AGF auf die besonderen Belange von Flüchtlingsfamilien aufmerksam. Sie basiert auf einer Pressemitteilung der Bundes-AGF vom Oktober letzten Jahres mit dem gleichen Titel.

Viele der derzeit in Deutschland eingereisten Flüchtlingsfamilien werden in unserem Land bleiben. Die Länder, aus denen sie kommen, werden auf lange Zeit keine sicheren Orte sein und sie und ihre Kinder haben dort keine Zukunft. Von daher sind ein gutes Ankommen und eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft elementar.

Die Lebenslage von Familien bedarf besonderer Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik, vor allem in der Frage der Unterbringung, Betreuung, Begleitung und der Bildung der Kinder. Familiäre Lebensumstände und Bindungen sind zu beachten; vor allem allein reisende Mütter müssen besonders geschützt und unterstützt werden.

„Die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen ist auch eine familienpolitische Herausforderung. Jeder dritte Geflüchtete in Deutschland ist ein Kind. Für ihr Aufwachsen ist die Familie besonders wichtig und sie ist oft das einzig Vertraute, das nach der Flucht bleibt“. (Christel Riemann-Hanewinkel, Vorsitzende der Bundes-AGF)

Die AGF schätzt das enorme Engagement der überwiegend ehrenamtlich tätigen Personen in den Familienverbänden vor Ort sowie anderer Initiativen, Organisationen und Netzwerke. Sie tragen mit ihren Hilfsangeboten und der oft sehr persönlichen Begleitung wesentlich zur Unterstützung der Geflüchteten bei. Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten jedoch bei der Politik in Bund, Ländern und Kommunen – eine nachhaltige Flüchtlingsarbeit benötigt professionelle Koordination von Hilfsangeboten und Helfenden. Diese ist in kommunaler Verantwortung verbindlich zu leisten.

Konkret fordert die AGF Rheinland-Pfalz daher:

- Familien mit Kindern sind vorrangig zu registrieren. Erstaufnahmeeinrichtungen sind kein guter und geschützter Ort für Kinder!
- Der Familienzusammenhang ist zu schützen und zu stärken. Dazu gehört, dass der Familiennachzug zügig ermöglicht wird und Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland in deren Nähe untergebracht werden.
- Hilfestellung (Übersetzung und Begleitung) bei der Bearbeitung von Anträgen und Behördengängen ist bereitzustellen.

Verband Alleinerziehender
Mütter und Väter, Landesverband
Rheinland-Pfalz e.V. (VAMV)
federführender Verband 2015/16



Familienbund der Katholiken
Landesarbeitsgemeinschaft
in Rheinland-Pfalz (FdK)



Evangelische Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen,
Landesarbeitskreis Pfalz e.V. (EAF)



- Familien mit Kindern benötigen eine schnelle Unterbringung in Wohnungen, die es ihnen ermöglicht auch als Familie zu leben. Familien benötigen eigene Rückzugsräume und Hygienebereiche, die ihren Schutzbedarf und Intimitätsbereich berücksichtigen. Der zugewiesene Wohnraum sollte für Kinder sicher sein und Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe der Familie bieten. Container in Industriegebieten sind kein geeigneter Ort für Familien. Besonders im ländlichen Raum muss der ÖPNV die Anbindung an Institutionen und die Wahrnehmung von Angeboten gewährleisten.
- Frauen in Großunterkünften brauchen separate Schlafräume sowie abschließbare, nicht einsehbare Sanitärräume. Auch der Weg zu den Sanitärbereichen muss sicher sein. Ein unerlaubter Zugang zu Schlafräumen von Frauen und zu Krankenzimmern darf nicht möglich sein.
- Qualifizierte Dolmetscherinnen für Frauen (Arztbesuche, Schwangerenberatungsstellen, Krankenhaus) sind zur Verfügung zu stellen.
- Familienspezifische Bedarfe wie Kinderbett, Kinderwagen, Kinderkleidung und -hygieneartikel müssen selbstverständlich berücksichtigt werden.
- Eine pädagogische Betreuung der Kinder ist von Anfang an zu gewährleisten. Dazu gehören im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention: Spielmöglichkeiten, Schulbesuch, Begegnungsräume für Familien einschließlich Kinderbetreuung u.ä.
- Die Teilnahme der Eltern an Sprachkursen darf nicht dadurch erschwert werden, dass keine Kinderbetreuung vorhanden ist bzw. finanziert wird. Hier sind zusätzlich Fördermittel bereit zu stellen.
- Informationen über den Sozialraum, die Verwaltung und die Kultur in leichter Sprache, beziehungsweise der Heimatsprache sind bereitzustellen, insbesondere Informationen über Kindertageseinrichtungen, das Bildungs- und Gesundheitssystem und Familienfreizeitangebote vor Ort.
- Familien mit Fluchterfahrungen benötigen in vielen Fällen weitergehende Hilfen. Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten von daher systematisch und rechtzeitig einbezogen werden, damit notwendige Hilfeleistungen frühzeitig geleistet werden können. Entsprechende Ressourcen bei den örtlichen Jugendämtern müssen ausgebaut werden. Gleiches gilt in Bezug auf das Thema Gewalt in der Familie: Die Vernetzung mit den entsprechenden Fachberatungsstellen in Rheinland-Pfalz muss gewährleistet sein.
- Menschen, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen, verdienen großen Respekt und sind gezielt zu unterstützen.

Verband Alleinerziehender
Mütter und Väter, Landesverband
Rheinland-Pfalz e.V. (VAMV)
federführender Verband 2015/16



Familienbund der Katholiken
Landesarbeitsgemeinschaft
in Rheinland-Pfalz (FdK)



Evangelische Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen,
Landesarbeitskreis Pfalz e.V. (EAF)



Damit es Familien gut gelingt, in Deutschland Fuß zu fassen, ihre belastenden Erfahrungen aus den Herkunftsländern und aus der Flucht zu verarbeiten und eine neue Lebensperspektive aufzubauen, ist es notwendig, dass der Zugang zu den Sozial- und Bildungssystemen so wenig bürokratisch wie möglich gestaltet wird. Die Ausdehnung abschreckender Maßnahmen, wie Leistungskürzungen oder die Reduzierung der Unterstützung auf Sachleistungen sowie Einschränkungen beim Familiennachzug lehnen die Familienverbände ausdrücklich ab. Sie sind stigmatisierend und führen dazu, dass vorhandene Vorurteile bzw. Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen weiter verstärkt werden.

Um die Integration von Flüchtlingsfamilien dauerhaft zu gewährleisten, ist die Teilhabe am Arbeitsleben unerlässlich. Sie ermöglicht es den Familien, eigenständig ihren Lebensunterhalt zu sichern und sich als vollwertiges Mitglied der sie aufnehmenden Gesellschaft zu erleben. Auch hier sind alle bürokratischen Hürden auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, damit eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt stattfinden kann. Vorhandene Qualifikationen sollten anerkannt, Aus- und Weiterbildung gefördert werden.

Über der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, darf die Situation von benachteiligten Familien, die in Rheinland-Pfalz leben, nicht aus dem Blick geraten. Auch sie benötigen bezahlbaren angemessenen Wohnraum, Beratung und sozialpädagogische Begleitung, Unterstützung bei finanziellen Schwierigkeiten oder bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche, gleiche Bildungschancen für ihre Kinder, um nur einige Aspekte zu nennen. Der soziale Frieden in unserer Gesellschaft kann nur Bestand haben, wenn auch diese Bedarfe angemessen berücksichtigt werden!

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen setzt sich für Chancengleichheit und den besonderen Schutz aller Familien ein. Dazu brauchen wir eine angemessen ausgebaut und fachlich gute soziale Infrastruktur als Teil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Damit es allen Familien in Rheinland-Pfalz gut geht!

Mainz, den 01. März 2016

In der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen Rheinland-Pfalz arbeiten die rheinland-pfälzischen Familienverbände zusammen mit dem Ziel, sich für die Verwirklichung des Grundrechtes des besonderen Schutzes aller Familien in Rheinland-Pfalz einzusetzen.